

## Deutscher Reichstag

### Das Ministerpensionsgesetz

Berlin, 27. Februar.

Nach den Ausschussbeschlüssen beträgt das Gehalt des Reichskanzlers 45 000, das eines Reichsministers 36 000 RM. im Jahr. Ehemalige Reichsminister sollen künftig nicht mehr lebenslanglich die volle Pension erhalten, sondern nur ein Uebergangsgeld für einen Zeitraum von höchstens 5 Jahren bis nach der Dauer der Ministerstätigkeit, das in den ersten drei Monaten das volle Ministergehalt und dann die Hälfte beträgt. Hat ein Minister bei Ausübung seines Amtes eine Gesundheitschädigung erlitten, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich und dauernd beeinträchtigt, so soll er eine Ruherente erhalten, desgl. wenn ein Minister bei seinem Ausscheiden das 65. Lebensjahr erreicht hat und mindestens vier Jahre Minister war. Die Ruherente soll 12 000 RM. jährlich nicht übersteigen. In einer Entschließung erludt der Ausschuss die Reichsregierung, darauf Bedacht zu nehmen, daß zurückgetretene Minister, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind, nach Möglichkeit in für sie geeignete Reichsbeamtenstellen angestellt werden.

Abg. Gottscheiner (Dnl.) stimmte dem Grundgedanken des Gesetzes zu, daß der parlamentarische Minister keinen Pensionsanspruch haben soll. Durch die Gewährung einer Ruherente bei Erreichung des 65. Lebensjahres werde leider diese klare Linie verlassen. Der Redner wandte sich gegen den sog. Antrag, wonach die Ernennung eines neuen Reichskanzlers nicht von ihm selbst gekennzeichnet werden soll, wie es jetzt die Vorlage bestimmt, sondern von dem bisherigen Reichskanzler, wie es bisher der Fall ist. Die Deutschnationalen sehen eine unzulässige Beeinträchtigung der Entschlußfreiheit des Reichspräsidenten in diesem Antrag und mühten die ganze Vorlage abzulehnen, wenn dieser Antrag Annahme findet.

Abg. Dr. Schetter (Z.) begrüßte die Vorlage. Die Vorlage wolle die Minister für den Staatsdienst ausschließlich reklamieren und sie aus allen wirtschaftlichen Bindungen befreien, die ihnen Angriffe eintragen könnten.

## Der Ausgleich des Reichshaushalts

### Langwierige Beratungen des Reichskabinetts

Berlin, 27. Febr. Das Reichskabinetts hat sich heute mit Vorschlägen des Reichsfinanzministers zum Ausgleich des Reichshaushalts befaßt. Nach den Vorschlägen Dr. Moltenhauers sollen einschließlich der Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden mit 170 Millionen im ganzen 450 oder 475 Millionen zur Deckung des Fehlbetrags aufgebracht werden. Darin sind aber die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht enthalten. Die Reichsanstalt hat bekanntlich den Zuschußbedarf der Arbeitslosenversicherung auf 335 Millionen, bei Verlängerung der Beitragsverhöhung auf 250 Millionen berechnet. Die einzelnen Steuerpläne sind, wie bereits kurz gemeldet, folgende: Biersteuererhöhung um 75 v. H., 240 Millionen (davon 90 Millionen an die Länder überwiesen werden sollen), Zollerhöhung für Kaffee und Tee 50 Millionen, Verlegung der Zahlungstermine für Steuern und Zölle 30 Millionen, Erhöhung des Benzinzolls von 5/8 auf 10 Pfz. und Einführung eines Benzinzolls von 10 Pfz. für das Liter zusammen 65 Millionen. Diese Zölle sollen am 1. Oktober d. J. in Steuern umgewandelt und mit der Fahrzeugsteuer in Verbindung gebracht werden. Da diese Zölle bzw. Steuern eine große Belastung namentlich des Lastkraftwagenverkehrs bedeutet, begegnen sie einem starken Widerstand. Die Mineralwassersteuer soll weitere 40 Millionen aufbringen, und 50 Millionen werden dadurch erzielt, daß die Industriebelastung nicht ermäßigt wird.

Der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung mit 250 Millionen — unter Beibehaltung des erhöhten Beitrags — soll dadurch gedeckt werden, daß die Unfallversicherung und die Invalidenversicherung gezwungen werden, für 150 Millionen Reichsbahnvorschußaktien in Pfand zu nehmen, während die Arbeitslosenversicherung selbst die restlichen 100 Millionen Fehlbetrag aus der Welt zu schaffen, sei es durch weitere Beitragserhöhungen oder durch Ersparnisse durch innere Reformen oder durch beides.

Die vom Reichsfinanzminister vorgeschlagenen Einsparungen im Reichshaushalt im Betrag von 80 Millionen sind vom Reichskabinetts auf 50 Millionen herabgesetzt, dagegen 49 Millionen Mehrausgaben bewilligt worden. Außerdem haben sich 35 Millionen Mindereinnahmen herausgestellt.

Das Notopfer, für das Sozialdemokratie und Zentrum eintreten, lehnt Dr. Moltenhauer bekanntlich ab. Andererseits erklärt der Soz. Pressedienst die Steuerpläne des Reichsfinanzministers für unannehmbar.

Die Beratungen des Reichskabinetts wurden heute nicht zu Ende gebracht und sollen am Freitag fortgesetzt werden.

## Tagespiegel

Wie Havas berichtet, hat Lardieu sich bereits die Mitarbeit Briands als Außenminister für sein Kabinetts gesichert.

Die Kabinettsbildung Lardieus ist auf Schwierigkeiten gestoßen, da die Radikalen die Mitwirkung ablehnten.

## Neueste Nachrichten

### Stärkung der Macht des Reichsfinanzministers

Berlin, 27. Febr. Der Reichstag hat gestern in zweiter und dritter Lesung einen Änderungsentwurf (Novelle) zur Reichshaushaltsordnung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Danach werden die Ueberwachungsbefugnisse des Reichsrechnungshofes über die Reichsausgaben wesentlich erweitert und die Macht des Reichsfinanzministers dem Reichstag gegenüber vergrößert. Änderungsanträge der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, die namentlich die Ueberwachungsbefugnisse des Reichsrechnungshofes erweitern wollten, wurden abgelehnt. Die Vertreter der genannten Parteien wiesen darauf hin, daß die Ueberwachung des Rechnungshofes gegen die unbefürwortete Bewilligungsfreiheit der Reichstagsmehrheit allein nicht genüge, denn der Rechnungshof könne seine Nachprüfungen immer erst anstellen, wenn die Reichsgelder längst ausgegeben seien, während der Sparkommissar mit erweiterten Befugnissen gegen bedeutende Reichstagsbeschlüsse sofort Einspruch erheben und ihre Ausführung verhindern könnte. Ein Entschließungsantrag des Abg. Heilmann (Soz.), daß der Sparkommissar sein der Regierung erstattetes Gutachten von sich aus dem Reichstag vorlegen könne, wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Reichstag hat ferner der Regierungsvorlage zugestimmt, die den Reichsjustizminister ermächtigt, für die Zeit bis April 1933 aus den Mitgliedern der Oberlandesgerichte und Landgerichte sowie aus der Zahl der Amtsrichter und Vorsitzenden von Arbeitsgerichten Hilfsrichter zum Reichsgericht zur Erledigung der Geschäfte der Zivil- und Strafsenate einzuberufen. Der Zustuß an Revisionen übersteigt noch immer die Leistungsfähigkeit der Zivilsenate. Wenn auch die Zahl der Revisionen auf dem Gebiet der vermögensrechtlichen Streitigkeiten etwas abgenommen habe, so sei doch dieser Rückgang durch ein weiteres Ansteigen der Revisionen in Ehefachen wieder ausgeglichen worden.

### Außerkräftsetzung von Polizeiverordnungen in Preußen

Berlin, 27. Febr. Der preussische Innenminister G r z e l i n s k i hat alle vor dem 1. Januar 1900 erlassenen Polizeiverordnungen der Oberpräsidenten, Präsidenten, Kreis- und Ortspolizeibehörden in Preußen außer Kraft gesetzt.

### Prälät Kaas fährt nach Rom

Berlin, 27. Febr. Wie der Börseinturier erfährt, wird sich der Führer des Zentrums, Prälät Kaas, demnächst zur Erholung nach dem Süden begeben. Bei dieser Gelegenheit wird er in Rom über die Stellung der katholischen Militärgesellschaften in der Reichswehr verhandeln. Die Gerüchte, die wissen wollen, daß Prälät Kaas aus gesundheitlichen Rücksichten die Leitung der Partei nicht mehr beibehalten könne, seien als übertrieben zu bezeichnen, ebenso seien die Meldungen unrichtig, die seine Ernennung zum Kurienkardinal ankündigen.

### Verbot kirchenfeindlicher Versammlungen in München

München, 27. Febr. Die Polizeidirektion München hat die Abhaltung von Versammlungen des Verbands proletarischer Freidenker zum Austritt aus der Kirche verboten unter Bezugnahme auf Paragraph 166 des Strafgesetzbuchs (Gotteslästerung).

### Kommunistischer Ueberfall

München, 27. Febr. In der vergangenen Nacht überfielen Kommunisten in Giesing 15 Nationalsozialisten, die sich auf dem Heimwege befanden. Die Nationalsozialisten wurden von den Kommunisten plötzlich umringt und es kam zu einer Schlägerei zwischen beiden Parteien, so daß das Ueberfallkommando gerufen werden mußte. Zwei Nationalsozialisten wurden durch Hieb- und Stichwunden verletzt und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Von dem am Platz erschienenen Ueberfallkommando wurden 15 Kommunisten festgenommen, die andern entflohen.

### Wiederauflösung des Prozesses Groß

Leipzig, 27. Febr. In dem Gotteslästerungsprozess gegen den Berliner Graphiker Georg Groß und seinen Verleger Wieland Herzfeldt, der nach dem Gutachten des Reichsanwaltschaftsredakteurs in der Verurteilungsverhandlung vor dem Landgericht 2 Berlin am 30. April

1929 zu einem freisprechenden Urteil für beide Angeklagte geführt hatte, hat heute der Vertreter der Reichsanwaltschaft die Aufhebung des Freispruchs und Zurückverweisung der Sache zu neuer Verhandlung an das Landgericht 2 Berlin beantragt. Das Berliner Gericht habe besonders bei dem Bild, das den gekreuzigten Heiland mit Gasmaske und Militärstiefeln darstellt, nur den subjektiven, nicht aber auch den objektiven Tatbestand der Gotteslästerung geprüft. Es habe vor allem nicht berücksichtigt, daß der Paragraph 166 des Strafgesetzbuchs vorzüglich das Durchschneiden empfinden des einzelnen Mannes schütze.

### Hochachtung des rumänischen Kriegsministers vor dem deutschen Militarismus

Bukarest, 27. Febr. Im Verlauf der Kammerverhandlung über die Militärdienstpflicht sprach sich Kriegsminister General Cihotki gegen eine Herabsetzung der Dienstzeit aus. Er wies darauf hin, daß sich im Weltkrieg diejenigen militärisch als die tüchtigsten erwiesen hätten, die die längste Militärdienstzeit hatten. Auf den Zwischenruf des sozialdemokratischen Abgeordneten Mirescu: „zum Beispiel Deutschland!“ antwortete der Minister: „Ich spreche von hier aus dem deutschen Militarismus der Vorkriegszeit meine Hochachtung aus.“

### Chamberlain über Völkerbund und Kelloggpaß

London, 27. Febr. In einem Brief an die „Times“ warnt Sir Austen Chamberlain unter Bezugnahme auf die Genfer Verhandlungen davor, durch Änderung der Völkerbundsatzung zwei Klassen von Unterzeichnern des Kelloggpaßes zu schaffen, nämlich solche, die zur Anwendung von Sanktionen verpflichtet sind, und solche, die es nicht sind. Je mehr der Völkerbund sich auf die Anwendung von Sanktionen nach Ausbruch von Feindseligkeiten festlege, desto schwächer werde er sein. Je mehr er sich jedoch darauf festlege, Krieg zu verhindern, desto größer werde sein Erfolg ausfallen.

### Der polnische Senat gegen die Religionsverfolgungen in Rußland

Warschau, 27. Februar. Sämtliche Fraktionen des polnischen Senats haben eine Große Anfrage unterzeichnet, in der die religiösen Verfolgungen in der Sowjetunion mißbilligt werden und der Ministerpräsident gefragt wird, ob er geneigt sei, die Sowjetregierung auf die Notwendigkeit der Achtung des religiösen Glaubens hinzuweisen.

### Stalin über die sowjetrussische Kirchenpolitik

Newyork, 27. Febr. Die „Evening World“ in Newyork hatte den Moskauer Volkskommissar Stalin telegraphisch ersucht, eine ausführliche Erklärung der bolschewistischen Einstellung zu Religion und Kirche abzugeben. Stalin hat darauf dem Blatt telegraphisch mitgeteilt: Die kommunistische Partei könne sich gegenüber der Religion nicht neutral verhalten; sie führe einen Feldzug gegen jedes religiöse Vorurteil, weil sie die Wissenschaft vertrete. Religiöse Vorurteile seien mit der Wissenschaft unvereinbar. Die Partei werde den aufklärenden Kampf fortsetzen, weil er das beste Mittel sei, den Einfluß des Klerus zu untergraben. Der orthodoxe Klerus müsse unterdrückt werden. Unglücklicherweise sei die russische Geistlichkeit noch nicht vollkommen aufgelöst worden, was aber durch Werbefeldzug herbeigeführt werden solle.

### Kommunistische Kundgebungen in Amerika

Washington, 27. Febr. In vielen Städten der Vereinigten Staaten veranstalteten in den letzten Tagen Kommunisten Kundgebungen. Die Polizei ging mit der Waffe und Tränengasen vor. Die Bundesregierung wird strenge Maßnahmen ergreifen.

In Chicago wurde eine ganze Versammlung von 350 Arbeitslosen verhaftet.

### Neue deutsche Vermittlung im russisch-chinesischen Streit

Nanking, 27. Febr. Das Ministerium des Auswärtigen hat die Mitteilung erhalten, daß 45 chinesische Bürger noch immer von der Sowjetbehörde in Wladiwostok festgehalten werden, obwohl das Abkommen von Chaborowst vorseht, daß beide Parteien die Gefangenen, die bei dem Streit wegen der ostchinesischen Eisenbahn gemacht wurden, freizulassen haben. China habe bereits alle sowjetrussischen Gefangenen in Freiheit gesetzt. Die chinesische Nationalregierung wird das deutsche Auswärtige Amt um seine Vermittlung ersuchen.

## Württemberg

### Verkehrsfragen für Stuttgart und Umgebung

Stuttgart, 27. Febr. Der Finanzausschuß des Landtags behandelte einen Antrag aller Parteien, das Staatsministerium wolle prüfen, wie und in welcher Form eine Beteiligung des Staats an dem weiteren Ausbau der Verkehrseinrichtungen in der Umgebung von Stuttgart ermöglicht





